E-03-266-2 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Antragsteller*in: Victoria Broßart (KV Rosenheim)

Änderungsantrag zu E-03

Von Zeile 266 bis 269:
~~Auch beim Deutschlandticket braucht es eine stärkere Beteiligung des Bundes, damit der Preis wieder auf 49 Euro sinken kann - denn das ist unser Ziel. Während~~Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Damit es attraktiv bleibt möchten wir es langfristig sichern und die Abozahlen erhöhen. Deshalb fordern wir zum Preis von 49€ im Monat zurückzukehren, wenn ein Jahresabo abgeschlossen wird, die kostenlose Mitnahme von Kindern und bundesweit vergünstigte Azubi-, Studierenden- und Sozialtickets. Neben bezahlbaren Tickets ist ein gutes Angebot entscheidend, doch während Deutschland die teuersten Autobahnkilometer der Welt baut, fehlt es an einer funktionierenden Bahn sowohl im Fernverkehr wie auch regional – eine

Begründung

Die Abonent*innen tragen maßgeblich zur Finanzierung des Deutschlandtickets bei. Damit wir das Ticket langfristig sichern können ist es deshalb entscheidend, möglichst viele Menschen von diesem wegweisenden Angebot zu überzeugen. Dafür ist es dringend nötig, das Ticket weiterzuentwickeln und neuen Nutzer*innengruppen zugänglich zu machen.

Die vergünstige Variante für Jahresabonnements soll einen zusätzlichen Anreiz zum Kauf des Tickets für einen längeren Zeitraum geben. Dies würde das Ticket für Viele wieder attraktiver machen und damit ließen sich Kundinnen und Kunden zurückgewinnen. Außerdem entlastet es die Verkehrsunternehmen bei der Verwaltung der Abonnements.

Gerade für Familien entscheidet sich am Preis, welches Verkehrsmittel genutzt wird. Um Familien zu entlasten und es ihnen zu erleichtern, gemeinsam den ÖPNV zu nutzen, sollte die Mitnahme von Kindern im Deutschlandticket inklusive sein. Die Mitnahmeregelung bedeutet für Familien eine erhebliche Vereinfachung bei gemeinsamen Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, da die aufwändige Suche und Buchung weiterer Tickets entfällt.

Es gibt keine logische Begründung für die Benachteiligung von Auszubildenden gegenüber Studierenden. Beide Gruppen weisen eine hohe Armutsgefährdungsquote auf. Studierende können bereits heute ein vergünstigtes Ticket kaufen, für Auszubildende sollte dies bundesweit im gleichen Maß angeboten werden.

Es sind in den Ländern, Städten und Kreisen sehr unterschiedliche Sozialtickets entstanden. Dies zeigt einerseits den Bedarf für Sozialtickets, andererseits gibt es keine Lösung für alle, die ein solches Ticket nutzen könnten. Es gibt zwar für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger die Möglichkeit, einen Zuschuss zum Deutschlandticket zu beantragen, dieser wird jedoch nur bei einem unabweisbaren Mehrbedarf genehmigt. Aber jede dritte Familie mit zwei Erwachsenen und drei Kindern war laut einer Studie des Statistisches Bundesamtes im Jahr 2019 armutsgefährdet. Der öffentliche Personennahverkehr ist laut Regionalisierungsgesetz Teil der Daseinsvorsorge. Es sollte somit gerade den ärmsten Menschen in unserer Gesellschaft eine Teilhabe ermöglicht werden.

weitere Antragsteller*innen

Swantje Henrike Michaelsen (KV Hannover); Susanne Martin (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Leon Eckert (KV Freising); Sebastian Hansen (KV Würzburg-Land); Stefanie König (KV Rosenheim); Matthias Lorentzen (KV Augsburg-Stadt); Anna Gmeiner (KV Rosenheim); Jonas Turber (KV Rosenheim); Justus Heuer (KV Jena); Jasper Robeck (KV Erfurt); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Ulle Schauws (KV Krefeld); Mayra Vriesema (KV Nordfriesland); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Karl Bär (KV Miesbach); Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt); Armin Grau (KV Rhein-Pfalz); Robert Blasius (KV Unterallgäu); Vadim Justus (KV Rosenheim); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.